



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 20-xxxx

Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	28.01.2016

NOlympia-Bonus nutzen – Finanzausstattung der Bezirke stärken

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Die Hamburger_innen haben am 29. November dem Prestigeobjekt „Olympia 2024 in Hamburg“ eine Absage erteilt. Aus dieser Abstimmung gilt es Lehren zu ziehen.

Ganz überwiegend haben die Menschen in den zentrumsnahen und in den einkommensschwachen Stadtteilen mit Nein gestimmt. Dieses Votum gilt es ernst zu nehmen. Die Menschen unserer Stadt wollen eine verbesserte Infrastruktur in ihren Stadtteilen. Hierfür können am besten die Bezirke Sorge tragen.

Seit Jahren wachsen die Rahmenezuweisungen für Stadtteilkultur, Jugendarbeit und Sondermittel nicht oder in zu geringem Umfang. Preissteigerungen, Tarifierhöhungen und erhöhte Anforderungen können nicht mit den zugewiesenen Mitteln aufgefangen werden. Die Verwendung von Resten und Rückflüssen ist grundsätzlich nicht nachhaltig und entspricht somit nicht den Aussagen aller in der Bürgerschaft vertretenen Parteien.

Die zusätzliche Aufgabe der Integration von vielen tausend Neubürger_innen spiegelt sich in keiner Weise in den Zuweisungen wieder. Diese Projekte können von den Bezirksversammlungen nicht unter Rückgriff auf die unveränderten Töpfe der Sondermittel und Quartiersfonds finanziert werden.

In den Kundenzentren der Bezirksämter und in den Verwaltungen wird es dem von Jahr zu Jahr reduzierten Personal immer weniger möglich, die Belange der Bürger_innen adäquat zu bearbeiten (vgl. „Altonaer Aufschrei“, Beschluss der BV vom 26.03.2015 Drucksache 20-1020E oder Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Personalsituation im Bezirk Altona“ Drucksachen–Nr. 20-1266).

Der Senat hatte in seinem Finanzierungskonzept für Olympia jährlich 200 Millionen Euro für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Austragung der Spiele vorgesehen. Diese 200 Millionen Euro können jetzt in dezentralen Projekten in Stadtteilen zugeführt werden.

Die Bezirksversammlung empfiehlt der Finanzbehörde, die für die Veranstaltung der Olympischen Spiele 2024 ab 2017 vorgesehenen 200 Millionen Euro jährlich nach Einwohnerzahlen auf die Bezirke zu verteilen, vorrangig um

- die Kürzungen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienhilfe zurück zu nehmen, die Strukturen zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen
- die Stadtteilkulturzentren angemessen auszustatten und nachhaltig zu finanzieren
- Tarifierhöhungen und Honorarsteigerungen für die Mitarbeiter_innen sozialer und kultureller Einrichtungen zu finanzieren
- vorgesehene Stellenstreichungen rückgängig zu machen
- Sportstätten zu renovieren und wo nötig auszubauen
- die Integration tausender neuer Mitbürger_innen zu fördern
- den Bürgerservice in den Kundenzentren und Verwaltungen zu verbessern

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.